



Pressemitteilung

Staatsministerin Böhmer: Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist die dritte Säule der Außenpolitik

01.04.2014

Staatsministerin Maria Böhmer hat am 31. März in der ersten Arbeitssitzung des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Deutschen Bundestag Schwerpunkte der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik vorgestellt.

Im Fokus des Austauschs mit den Ausschussmitgliedern standen der Ausbau der Willkommenskultur sowie die internationale Zusammenarbeit bei Bildung, Wissenschaft und Kultur. Als deutsche Vertreterin in der Offenen Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklungsziele setzt sich Staatsministerin Böhmer dafür ein, dass Bildung, Wissenschaft und Kultur einen angemessenen Stellenwert in der sogenannten Post-2015-Debatte erhalten. Die Staatsministerin rückte Bildung als Schlüssel für Wachstum und nachhaltige Entwicklung in einer globalisierten Welt in den Mittelpunkt des Gesprächs.

Im Anschluss erklärte die Staatsministerin:

Kultur ist ein wichtiger Faktor, um Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zusammenzubringen. Kultur ist nicht nur ein Wirtschaftsfaktor und Mittel zur Verständigung und des Austausches. Kultur ist auch ein Faktor, über den Identität, Anerkennung und Selbstbewusstsein in diesen Prozess eingebracht werden können.

Von zentraler Bedeutung im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik ist die zeitgemäße Vermittlung der deutschen Sprache. Die Staatsministerin würdigte den großen Einsatz und den Erfolg, mit dem sich die deutschen Auslandsschulen und die Goethe-Institute hierfür einsetzen:

Wir sollten noch aktiver für das Erlernen der deutschen Sprache werben. Wenn wir Studierende und Fachkräfte für Deutschland gewinnen wollen, müssen wir frühzeitig ansetzen. Denn gute Vorbereitung erhöht die Chancen und verbessert die Perspektiven.

Staatsministerin Böhmer und die Mitglieder des Unterausschusses waren sich einig, dass berufliche Bildung einen wichtigen Beitrag leisten kann, um Jugendarbeitslosigkeit wirksam zu begegnen. Wie im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbart, soll berufliche Bildung an den deutschen Schulen im Ausland verstärkt verankert werden.

© 1995-2014 Auswärtiges Amt